

Fokus Niedersachsen

Unser Blickpunkt auf die Wirtschaft



Klimaschutz trotz Hindernissen

Januar 2023



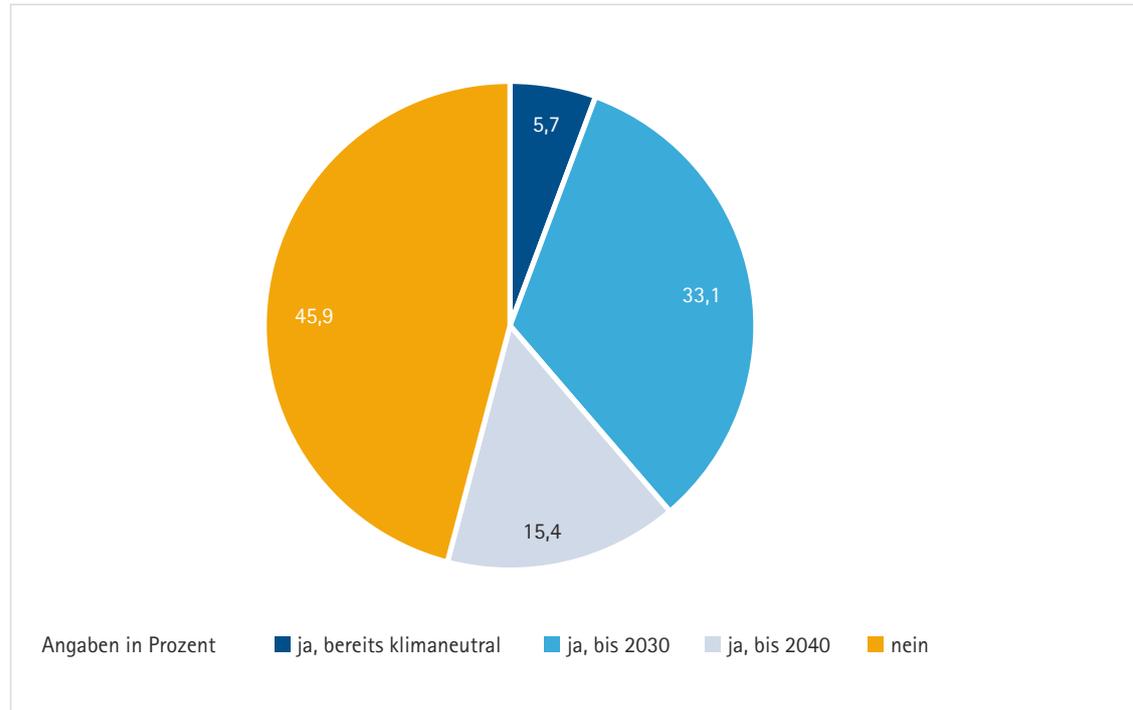
Wer wir sind

Die IHK Niedersachsen ist die Landesarbeitsgemeinschaft der sieben niedersächsischen Industrie- und Handelskammern:

- IHK Braunschweig
- IHK Hannover
- IHK Lüneburg-Wolfsburg
- Oldenburgische IHK
- IHK Osnabrück - Emsland - Grafschaft Bentheim
- IHK für Ostfriesland und Papenburg
- IHK Stade für den Elbe-Weser-Raum

Sie vertritt rund 500.000 gewerbliche Unternehmen gegenüber Politik und Verwaltung.

Klimaschutz trotz Hindernissen



Hat es sich Ihr Unternehmen zum Ziel gesetzt, klimaneutral zu werden?

Quelle: Niedersachsen-Auswertung des DIHK-Energiewende-Barometer 2022

Enorme Kostensteigerungen bei Energie, Grundstoffen und Vorprodukten, gestörte Lieferketten, Unsicherheiten bei der Gasversorgung, Arbeitskräftemangel – die Liste der aktuellen Herausforderungen der Wirtschaft ist lang. Für die Unternehmen in Niedersachsen ist dies jedoch kein Grund, bei ihren langfristigen Klimaschutzanstrengungen nachzulassen. Das zeigt das Energiewende-Barometer 2022 der IHK-Organisation – eine bundesweite Umfrage, an der sich auch knapp 400 Unternehmen aus Niedersachsen beteiligt haben¹.

Die Umfrageergebnisse zeigen, dass immer mehr Unternehmen schon in wenigen Jahren klimaneutral werden wollen und zudem Maßnahmen zur CO₂- und Energieeinsparung deutlich ausgeweitet werden. Diese Maßnahmen helfen nicht nur der Umwelt, sondern machen sich angesichts anhaltend hoher Energiepreise auch immer schneller in den Unternehmen bezahlt.

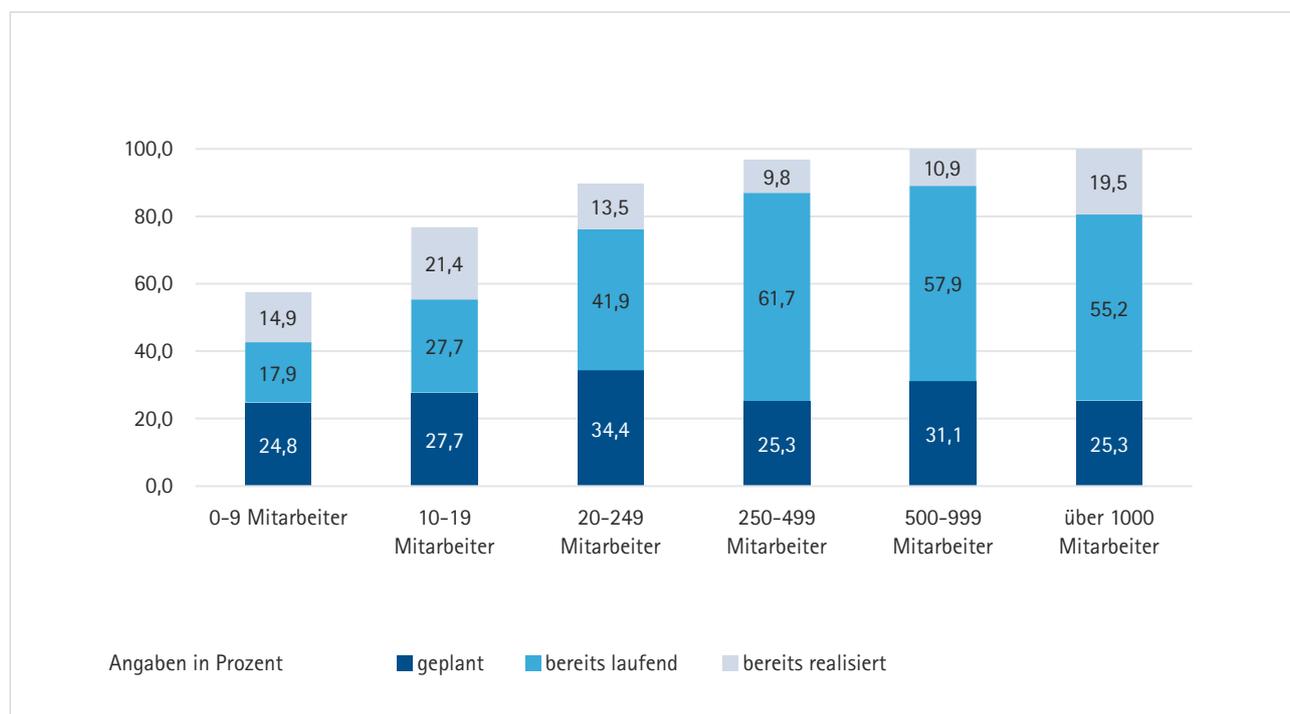
Zugleich steigt aber aufgrund des wirtschaftlich schwierigen Umfelds die Kostensensibilität der Unternehmen. Teure Klimaschutzregulierung, welche die internationale Wettbewerbsfähigkeit gefährdet, wird in den Unternehmen zunehmend kritisch gesehen. Mehr denn je gilt es daher, die politischen Rahmenbedingungen so zu setzen, dass die Klimaschutzziele erreicht werden, ohne Wertschöpfung und Beschäftigung in Deutschland und Niedersachsen zu gefährden. Schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren, positive Anreize zum Klimaschutz sowie marktnahe Instrumente sind dazu wichtige Schlüssel.

¹ Mit dem Energiewende-Barometer stellt die IHK-Organisation jährlich die Ergebnisse einer Online-Unternehmensbefragung vor, an der sich das Ehrenamt und weitere Mitgliedsunternehmen der Organisation beteiligen. Das Barometer bildet eine Bewertung der Unternehmen zum Fortschritt der Energiewende sowie zur aktuellen Klima- und Energiepolitik ab. Die Befragung zur aktuellen Auflage fand vom 13. Juni bis 1. Juli 2022 statt. Grundlage der vorliegenden Auswertung sind deutschlandweit 3.514 eingegangene Antworten, davon 391 aus Niedersachsen.





Die Ergebnisse im Detail: Unternehmen reizen Einsparpotenziale aus...



Steigerung der Energieeffizienz

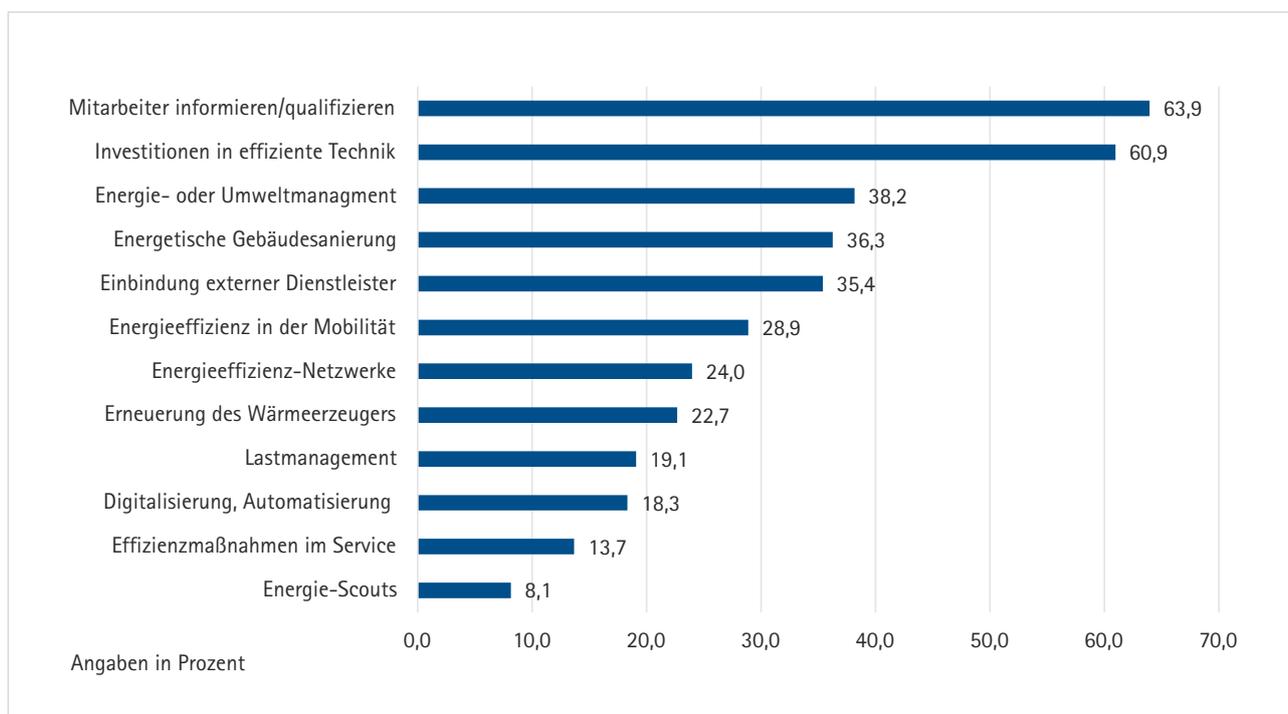
Quelle: Niedersachsen-Auswertung des DIHK-Energiewende-Barometer 2022

Energiesparen ist für die Unternehmen angesichts steigender Preise und drohender Versorgungsengpässe in den zurückliegenden Monaten immer wichtiger geworden. Fast 70 Prozent der Unternehmen geben an, dass die **Einsparung von Energie** an Bedeutung gewonnen hat, nur vier Prozent sind gegenteiliger Auffassung.

Angesichts der aktuellen Herausforderungen in der Energiewirtschaft und -politik plant fast jedes dritte Unternehmen, mehr in **Energieeffizienz** zu investieren. In mehr als der Hälfte der Unternehmen (55 Prozent) sind derartige Maßnahmen bereits angelaufen oder schon realisiert. Eine Auswertung nach Größenklassen zeigt: Je größer ein Unternehmen ist, desto häufiger werden Energieeffizienzmaßnahmen geplant bzw. umgesetzt.



Maßnahmen zur Förderung der Energieeffizienz



Maßnahmen zur Förderung der Energieeffizienz

Quelle: Niedersachsen-Auswertung des DIHK-Energiewende-Barometer 2022

„Vermeidung vor Reduzierung vor Kompensierung“ lautet ein wichtiger Grundsatz für klimafreundliches, nachhaltiges Wirtschaften. **Maßnahmen zur Förderung der Energieeffizienz** spielen dabei eine zentrale Rolle. Die meisten Unternehmen setzen dazu auf die gezielte Information und Qualifizierung der Mitarbeiter (64 Prozent) sowie auf Investitionen in effiziente Technik (61 Prozent). Jeweils über ein Drittel der Betriebe nutzt ein Energie- oder Umweltmanagementsystem (38 Prozent), investiert in die energetische Gebäudesanierung (36 Prozent) oder bindet externer Dienstleister wie Berater oder Contractoren ein (35 Prozent).

Die meisten Unternehmen – 80 Prozent – sehen noch **Potenziale zum Energiesparen** in ihren Betrieben. Jeder zweite Befragte rechnet allerdings damit, dass diese Potenziale bei maximal fünf Prozent der Endenergie liegen. Von substantiellen Einsparmöglichkeiten von fünf Prozent und mehr gehen rund 30 Prozent der Firmen aus.

Die **höheren Energiekosten** führen zum Teil auch dazu, dass Investitionen in Klimaschutzmaßnahmen zurückgestellt werden – allerdings nur in jedem fünften Unternehmen. In der Industrie ist dieser Anteil mit knapp zwölf Prozent sogar noch deutlich geringer. Häufiger genannte Konsequenzen sind der Verlust der Wettbewerbsfähigkeit am Standort Deutschland (44 Prozent) sowie die Zurückstellung von Investitionen in Kernprozesse (30 Prozent).

Wie wirkt sich die **Energiewende auf die Wettbewerbsfähigkeit** der Unternehmen aus? Hier überwiegen in der aktuellen Umfrage wieder die kritischen Stimmen. 29 Prozent der Unternehmen schätzen die Auswirkungen als „negativ“ oder „sehr negativ“ ein, 22 Prozent als „positiv“ oder „sehr positiv“. Ein Jahr zuvor überwogen die positiven Stimmen leicht um drei Prozentpunkte.



... und nutzen vielfältige Instrumente zum Klimaschutz

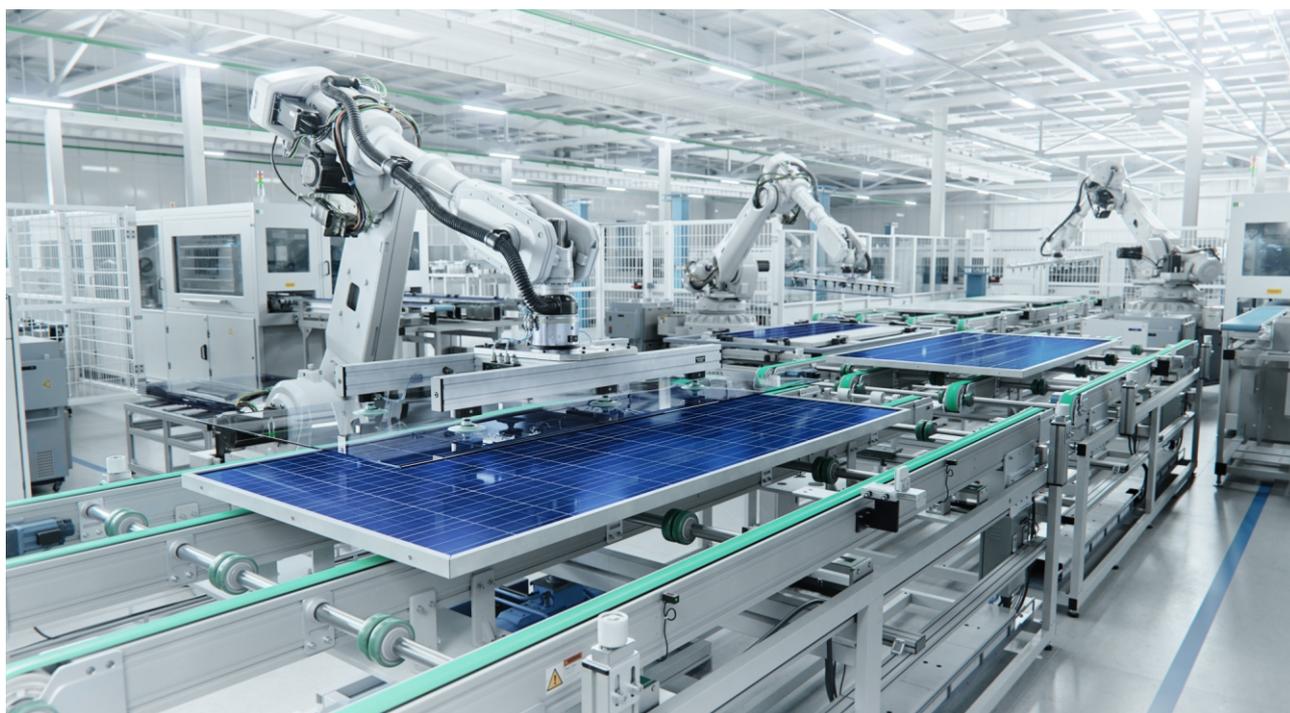
Der **Bezug von Strom aus erneuerbaren Quellen** rangiert bei den Klimaschutzmaßnahmen der Unternehmen weit vorn. Fast die Hälfte der befragten Unternehmen (46 Prozent) ist bereits zu Grünstrom gewechselt, 27 Prozent planen dies aktuell.

Viele Betriebe ziehen auch den **Aufbau eigener erneuerbarer Energieversorgungskapazitäten** in Betracht. Aktuell planen 38 Prozent der Unternehmen entsprechende Investitionen. Bei 28 Prozent ist diese Maßnahme bereits angelaufen oder realisiert.

Der Aufbau **eigener konventioneller Energieversorgungskapazitäten** spielt demgegenüber nur eine untergeordnete Rolle: Nur wenige Unternehmen haben diese Maßnahme geplant (sieben Prozent), begonnen (vier Prozent) oder bereits vollständig umgesetzt (sieben Prozent).

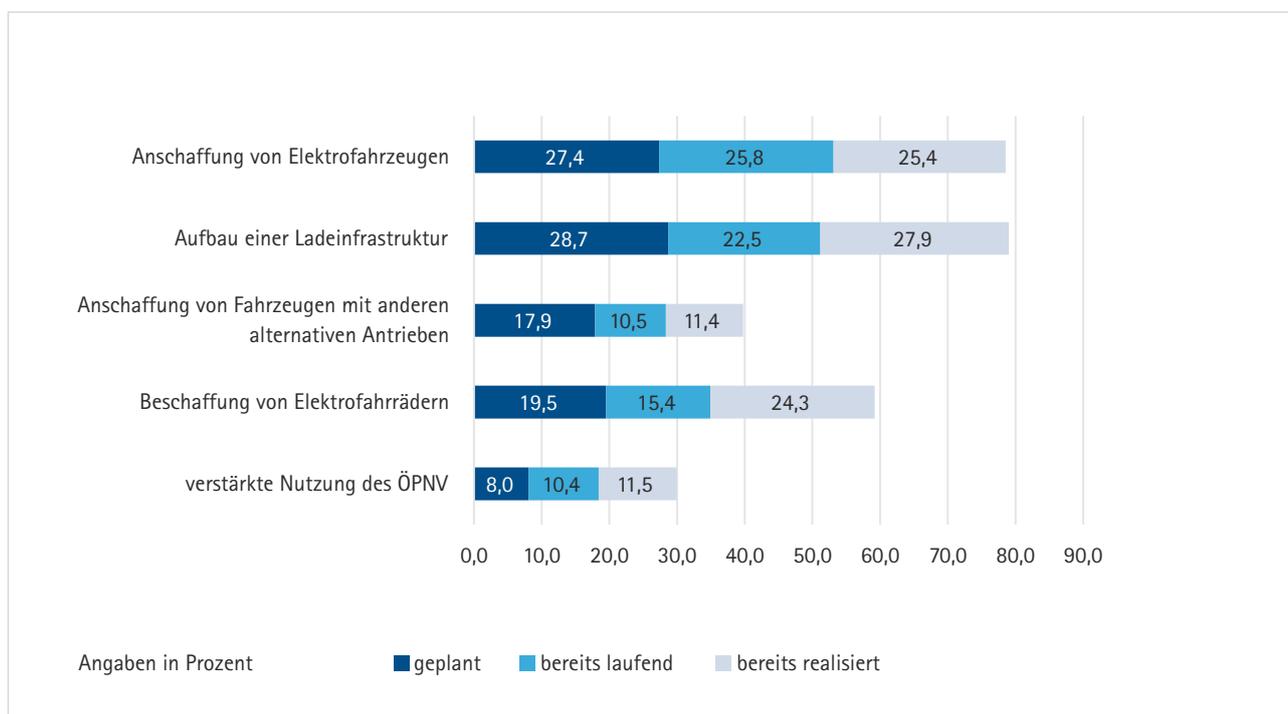
Auch im Wärmebereich besteht Potenzial für CO₂-Einsparungen und Klimaschutz. Einen **Wechsel auf CO₂-ärmere Wärmeerzeuger** haben jeweils zehn Prozent der Unternehmen geplant oder begonnen, 21 Prozent haben diese Maßnahme bereits realisiert.

Die **Nutzung von Abwärme** ist vor allem in Industriebetrieben eine relevante Option. Diese Maßnahme läuft bereits in jedem vierten Industriebetrieb, jeder dritte Betrieb hat die Maßnahme bereits umgesetzt. 13 Prozent der Industrieunternehmen planen die Nutzung von Abwärme.





Elektromobilität weiter auf dem Vormarsch



Elektromobilität und ÖPNV

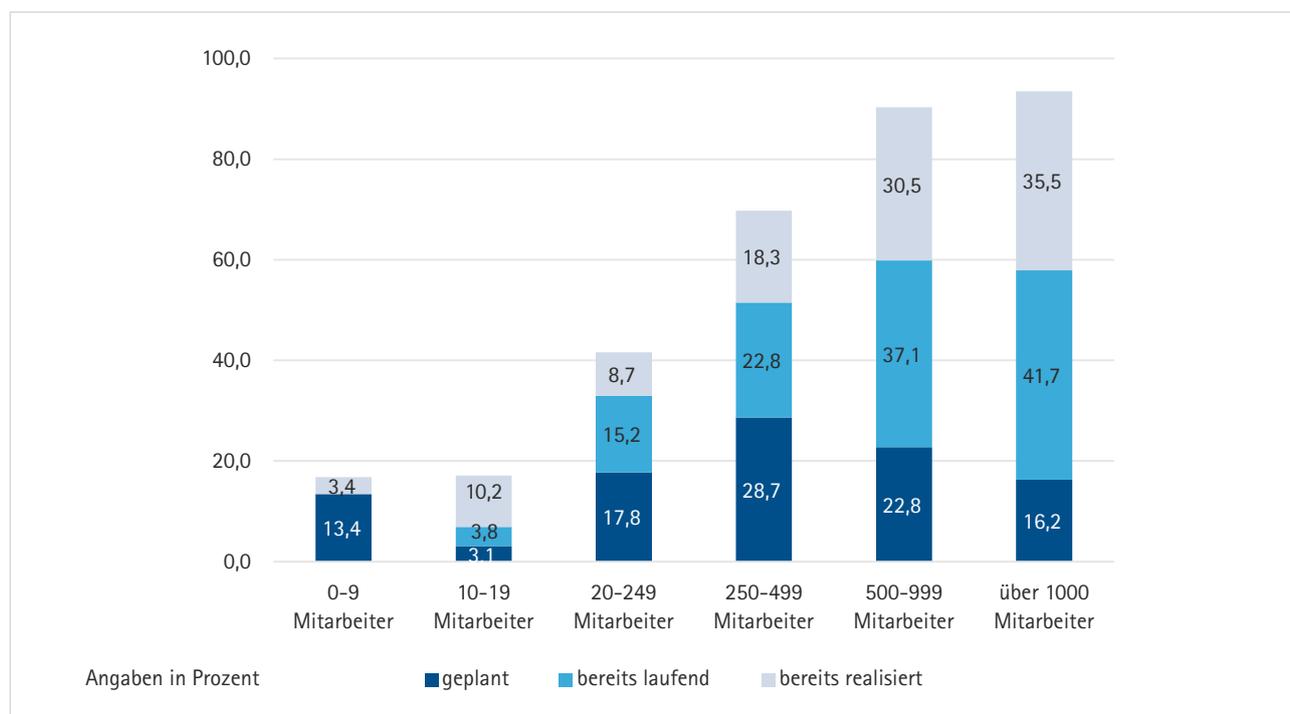
Quelle: Niedersachsen-Auswertung des DIHK-Energiewende-Barometer 2022

27 Prozent der Befragten planen die **Anschaffung von Elektrofahrzeugen** (Vorjahr: 24 Prozent), über die Hälfte der Unternehmen führt solche Fahrzeuge gerade ein oder hat dies in der Vergangenheit bereits getan (Vorjahr: 45 Prozent). Parallel zum eigenen Fahrzeugbestand wird zusätzlich in **betriebliche Ladeinfrastruktur** investiert. 29 Prozent der Betriebe planen dies aktuell, jedes zweite Unternehmen baut die Ladeinfrastruktur gerade aus oder hat dies bereits umgesetzt.

Bei anderen **alternativen Antrieben** ist eine solche Dynamik noch nicht zu beobachten, wohl aber bei **Elektrofahrrädern**: Jedes fünfte Unternehmen möchte zukünftig Pedelecs & Co. nutzen, 40 Prozent schaffen gerade E-Bikes an oder haben dies bereits getan. Der **ÖPNV** spielt in den Unternehmen hingegen bislang nur eine untergeordnete Rolle.



Unternehmen ermitteln ihren CO₂-Fußabdruck



Erstellung einer Klimabilanz (Scope 1)

Quelle: Niedersachsen-Auswertung des DIHK-Energiewende-Barometer 2022

Die Erstellung einer Klimabilanz gehört zu den Grundvoraussetzungen eines strategischen Nachhaltigkeitsmanagements. Nur Unternehmen, die wissen, in welchen Bereichen der Geschäftstätigkeit welche CO₂-Emissionen anfallen, können wirksam gegensteuern. Bei der Erstellung eines **CO₂-Fußabdrucks** wird unterschieden, wie umfassend Emissionen berücksichtigt werden. 13 Prozent der Unternehmen in Niedersachsen erfassen bereits die direkten Emissionen am Standort (**Scope 1**), 16 Prozent bereiten die Erfassung vor und 17 Prozent planen sie.

Etwas geringer ist der Anteil der Unternehmen, die zusätzlich auch die indirekten Emissionen (**Scope 2**) aus dem Bezug von Strom, Dampf und Fernwärme erfassen bzw. erfassen wollen. Deutlich mehr Unternehmen (19 Prozent) als im Vorjahr (zehn Prozent) planen inzwischen, darüber hinaus die indirekten Emissionen entlang der Wertschöpfungskette zu erfassen (**Scope 3**). Dazu zählen unter anderem die Emissionen aus Dienstreisen, Arbeitswegen sowie eingekauften und verkauften Waren und Dienstleistungen. 16 Prozent der Betriebe führen eine solche CO₂-Bilanzierung gerade ein oder nutzen diese schon (Vorjahr: 14 Prozent).

Obwohl die Ermittlung eines CO₂-Fußabdrucks für alle Unternehmensgrößen in Frage kommt, wird dieses Instrument vor allem in größeren Unternehmen genutzt.

Besonders häufig und mit steigender Tendenz wird das Instrument der CO₂-Bilanzierung in der Industrie genutzt. In über der Hälfte der Industriebetriebe (53 Prozent) ist die Bilanzierung nach Scope 1 angelaufen bzw. realisiert, im Vorjahr war dies erst bei einem guten Drittel (35 Prozent) der Fall. Weitere 19 Prozent planen eine solche Bilanzierung für die Zukunft (Vorjahr: zwölf Prozent).



Klimaschutzziele bergen Chancen und Risiken

Jedes fünfte Unternehmen kann durch die geänderten energie- und klimapolitischen Rahmenbedingungen **neue Geschäftsfelder** erschließen oder hat dies bereits getan. 13 Prozent sind optimistisch, dass dies künftig der Fall sein wird. Einige Unternehmen sehen zudem bessere Exportchancen durch die veränderten Rahmenbedingungen: 14 Prozent der Unternehmen können oder konnten **neue Absatzmärkte** im Ausland erschließen.

38 Prozent der Befragten geben an, dass sie ihr Unternehmen stärker auf **klimaschonende Produkte oder Dienstleistungen** ausrichten oder ausgerichtet haben, 21 Prozent planen diese Maßnahme. Auf **klimaschonende Vorprodukte** setzt inzwischen jedes vierte Unternehmen, weitere 20 Prozent planen dies.

Eine **Verlagerung von Kapazitäten ins Ausland** kommt für die meisten Unternehmen nicht in Betracht. Dies gilt insbesondere für Händler und Dienstleister, die oft ortsgebunden sind. In der Industrie hingegen hat bereits jedes zehnte Unternehmen eine Verlagerung begonnen oder abgeschlossen. Weitere neun Prozent planen eine solche Maßnahme. Diese Entwicklung ist nicht nur wirtschafts- und arbeitsmarktpolitisch kritisch zu sehen, sondern auch klimapolitisch: Das so genannte Carbon Leakage-Risiko steigt, wenn es durch Kapazitätsverlagerungen zur Verschiebung von CO₂-Emissionen in Drittstaaten kommt, die nicht unter das Europäische Emissionshandelssystem fallen.

Hemmnisse auf dem Weg zur Klimaneutralität

Im Koalitionsvertrag² haben sich SPD und Grüne für Niedersachsen noch einmal auf schärfere Klimaschutzziele verständigt. Bis zum Jahr 2040 soll das Land **klimaneutral** sein. Bislang war – wie auf Bundesebene – 2045 angepeilt. Mit den Planungen der Unternehmen ist diese Zielvorgabe überwiegend kompatibel. Sechs Prozent der Unternehmen sind nach eigenen Angaben bereits klimaneutral, ein Drittel strebt Klimaneutralität schon bis zum Jahr 2030 an. Weitere 15 Prozent wollen das Ziel bis 2040 erreicht haben. Mit dem Green Deal möchte die EU bis 2050 klimaneutral werden.

Die Unternehmen in Niedersachsen sehen bei ihren Transformationsbemühungen für mehr Klimaschutz noch eine Reihe von **Hindernissen**. Zu viel Bürokratie bei der Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen beklagen 53 Prozent der Firmen, gefolgt von zu langsamen Planungs- und Genehmigungsverfahren (40 Prozent). Die hohen Energiepreise und der Fachkräftemangel sehen jeweils rund ein Drittel der Unternehmen als Hindernisse bei ihren Transformationsbemühungen. Auch fehlende Infrastrukturverbindungen (25 Prozent) und mangelndes Kapital (23 Prozent) werden häufig genannt.

² 1.11.2022, <https://www.gruene-niedersachsen.de/wp-content/uploads/2022/11/Koalitionsvertrag-Sicher-in-Zeiten-des-Wandels-2022-2027.pdf>



Kritik an CO₂-Bepreisung und Sorgen um Wettbewerbsfähigkeit nehmen zu

Im Rahmen des Klimapakets hat die Bundesregierung die Einführung einer **CO₂-Bepreisung** für fossile Brennstoffe beschlossen, die seit 2021 gilt. In der niedersächsischen Wirtschaft stößt die Maßnahme überwiegend auf Akzeptanz, allerdings mit abnehmender Tendenz: Über die Hälfte der Unternehmen hält dieses Instrument für geeignet, um den Klimaschutz in der Wirtschaft voranzubringen. Nur jedes fünfte Unternehmen ist gegenteiliger Meinung. Die positiven Stimmen überwiegen per Saldo mit 32 Prozentpunkten weiterhin deutlich, allerdings nicht mehr ganz so stark wie im Vorjahr (35 Prozentpunkte).

Ähnliches gilt für die Frage, ob die CO₂-Bepreisung dazu führt, bei Investitionen verstärkt auf **klimafreundliche Technologien** zu setzen. Unter dem Strich stimmen aktuell 30 Prozent der Unternehmen dieser Einschätzung zu, im Jahr 2021 waren es noch 38 Prozent.

Dass die CO₂-Bepreisung die **Wettbewerbsfähigkeit** des eigenen Unternehmens gefährdet, glaubt nur eine Minderheit der Befragten: 29 Prozent stimmen der Aussage zu, 45 Prozent lehnen sie ab. Die Anteile haben sich im Vergleich zum Vorjahr allerdings deutlich in Richtung der Kritiker verschoben. Vor einem Jahr stimmten 25 Prozent der Aussage zu, 54 Prozent lehnten sie ab.

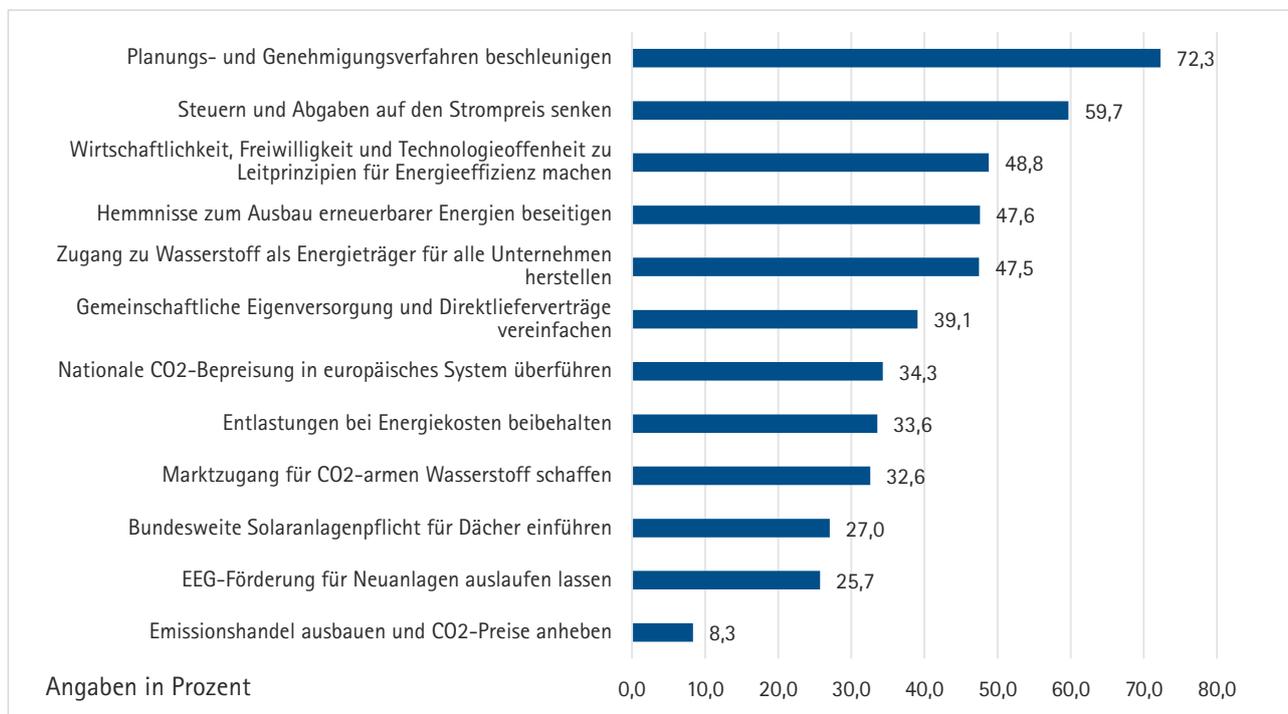
Viele Unternehmen sehen für ihre Branche weiteren Entlastungsbedarf durch die **BEHG Carbon Leakage Verordnung**. Dass die aktuelle Verordnung bereits ausreichend Entlastung bietet, meinen nur 13 Prozent der Unternehmen, während 65 Prozent gegenteiliger Auffassung sind. Die kritischen Stimmen überwiegen mit 52 Prozentpunkten wesentlich stärker als im Vorjahr (35 Prozentpunkte).

Ein weiterer Kritikpunkt: Das **Antragsverfahren für die Entlastungen nach der Carbon Leakage Verordnung** ist unnötig bürokratisch, sagen zwei Drittel der Unternehmen. Nur 17 Prozent sind gegenteiliger Ansicht.

Bei den **Auswirkungen der CO₂-Bepreisung auf die Kostenstruktur** der Unternehmen besteht offenbar noch Informations- und Beratungsbedarf: Nur die Hälfte der Firmen ist sich laut Umfrage der genauen Be- und Entlastungswirkungen tatsächlich bewusst. Der CO₂-Preisrechner der IHKs kann hier schnell Abhilfe schaffen.



Politik muss aktiv werden



Politische Maßnahmen

Quelle: Niedersachsen-Auswertung des DIHK-Energiewende-Barometer 2022

Um Energiewende und Klimaschutz sicher, bezahlbar und umweltverträglich zu gestalten, ist aus Sicht der niedersächsischen Wirtschaft ein ganzes Bündel an **politischen Maßnahmen** erforderlich.

An erster Stelle stehen dabei **schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren**, für die sich über 70 Prozent der befragten Unternehmen aussprechen. Knapp 60 Prozent der Befragten sind angesichts der gestiegenen Energiekosten der Ansicht, **Steuern und Abgaben auf den Strompreis** sollten gesenkt werden.

Jedes zweite Unternehmen fordert von der Politik, **Wirtschaftlichkeit, Freiwilligkeit und Technologieoffenheit** als Leitprinzipien für Energieeffizienzmaßnahmen festzulegen. Ebenso viele Unternehmen meinen, der **Ausbau aller Formen erneuerbarer Energien** sollte ins öffentliche Interesse gestellt und Verfahrenshürden wie **Personalengpässe und Abwägungskonflikte** abgebaut werden.

Handlungsbedarf wird auch beim Hochfahren der Wasserstoffwirtschaft gesehen: Der **Zugang zu Wasserstoff als Energieträger** sollte für Unternehmen aller Branchen und in allen Regionen hergestellt werden, sagen 47 Prozent der Befragten.

Fokus Niedersachsen

Unser Blickpunkt auf die Wirtschaft

Januar 2023

Ihr Ansprechpartner:

Björn Schaeper
Umwelt

IHK Niedersachsen (IHKN)

Königstraße 19
30175 Hannover

Telefon 0441 2220 400

Telefon 0511 920 901 10

Fax 0511 920 901 11

E-Mail Bjoern.schaeper@oldenburg.ihk.de
info@ihk-n.de

Web www.ihk-n.de

Titelfoto: ©Urheber: Shutterstock / Leszek Glasner
Seite 4: ©Urheber: Shutterstock / PastryShop

Die IHK Niedersachsen ist die Landesarbeitsgemeinschaft der IHK Braunschweig, IHK Hannover, IHK Lüneburg-Wolfsburg, Oldenburgischen IHK, IHK Osnabrück – Emsland – Grafschaft Bentheim, IHK für Ostfriesland und Papenburg sowie IHK Stade für den Elbe-Weser-Raum. Sie vertritt rund 500.000 gewerbliche Unternehmen gegenüber Politik und Verwaltung.

Der Fokus Niedersachsen erscheint in regelmäßigen Abständen zu aktuellen Themen aus Wirtschaft und Politik und steht unter: www.ihk-n.de/Publikationen auch zum Download zur Verfügung.

Bitte beachten: Zur besseren Lesbarkeit wird in dieser Publikation auf die geschlechtsspezifische Differenzierung verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten im Sinne der Gleichbehandlung für alle Geschlechter.





IHK Niedersachsen (IHKN)

Königstraße 19
30175 Hannover

Telefon 0511 920 901 10
Fax 0511 920 901 11

E-Mail noske@ihk-n.de
info@ihk-n.de

Web www.ihk-n.de